

Sperrfrist: 24.02.2022, 18.00 Uhr

Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht: Geltendes Recht ist umzusetzen

Anlässlich der Diskussion über die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, z. B. für Pflegeeinrichtungen, erklärt der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Ostholsteins Landrat **Reinhard Sager** (CDU) am Rande des regelmäßigen Austauschs der schleswig-holsteinischen Landrätinnen und Landräte mit der Innenministerin des Landes Dr. Sabine Sütterlin-Waack in Kiel: *„Trotz aller Schwierigkeiten und offenen Fragen steht außer Frage, dass die schleswig-holsteinischen Kreise die einrichtungsbezogene Impfpflicht umsetzen werden. Am Vollzug geltender Gesetze führt kein Weg vorbei; noch dazu, wenn sie eine breite parlamentarische Mehrheit gefunden haben und dem Schutz vulnerabler Gruppen dienen.“*

Dies sei einhellige Meinung aller Landrätinnen und Landräte und auch der Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages (SHLKT), dem auch kommunale Ehrenamtler aus allen Kreisen angehören, habe dies in seiner Sitzung in der vergangenen Woche erneut bekräftigt.

PD Dr. Sönke E. Schulz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des SHLKT, erläutert: *„Selbstverständlich wird die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht die Gesundheitsämter erneut herausfordern. Ob und welcher Aufwand damit verbunden ist, wird sich in den nächsten Wochen konkretisieren, wenn Leitplanken von Bund und Ländern für den Vollzug definiert worden sind und man aufgrund einer Abfrage der Impfquoten die Auswirkungen vor Ort besser einschätzen kann. Es ist zu erwarten, dass diese Quoten in Schleswig-Holstein auch im Bereich der erfassten Einrichtungen deutlich höher sind als in anderen Bundesländern. Gleichwohl werden im Einzelfall im Rahmen des Ermessens auch Aspekte der Versorgungssicherheit abzuwägen sein.“* Hierzu befände man sich im regen Austausch mit dem Gesundheitsministerium des Landes. Dies sei aber auch bei anderen Bundesgesetzen, die Vollzugsfragen aufwerfen, der Fall und stelle keinesfalls in Frage, dass die Gesundheitsämter im Land – trotz hoher Belastungen in den letzten zwei Jahren – auch diese Aufgabe gewissenhaft wahrnehmen werden.

Zum Austausch mit der Innenministerin, der u. a. auch das Demonstrationsgeschehen in Schleswig-Holstein zum Gegenstand hatte, sagte **Sager**. *„In der Bewertung sind sich Innenministerium, Landespolizei und Versammlungsbehörden der Kreise einig: Friedliche, kritische Meinungsäußerungen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Wo die Grenze zu strafbaren Handlungen aber überschritten wird, ist konsequentes Einschreiten der staatlichen Stellen notwendig.“* Mit Blick auf eine Kundgebung von Kritikern der einrichtungsbezogenen Impfpflicht anlässlich der Sitzung ergänzte **Sager**. *„Die Landrätinnen und Landräte sind der falsche Adressat: die Kreise in Schleswig-Holstein sind an Recht und Gesetz gebunden.“*